



Sachstand

Stand der Demokratie in den südostasiatischen Staaten

Stand der Demokratie in den südostasiatischen Staaten

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 – 123/18
Abschluss der Arbeit: 23. August 2018
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	4
1.1.	Freedom in the World	4
1.2.	Economist Intelligence Unit's Democracy Index	5
1.3.	Human Freedom Index	6
2.	Demokratie in Südostasien	7
2.1.	Union von Myanmar	12
2.2.	Königreich Thailand	13
2.3.	Demokratische Volksrepublik Laos	14
2.4.	Königreich Kambodscha	15
2.5.	Sozialistische Volksrepublik Vietnam	16
2.6.	Malaysia	16
2.7.	Republik Singapur	17
2.8.	Brunei Darussalam	21
2.9.	Republik der Philippinen	21
2.10.	Republik Indonesien	23
2.11.	Timor-Leste	25
3.	Auf einen Blick: Ranking der südostasiatischen Staaten nach Freedom House	25
4.	Fazit	26

1. Einführung

Dieser Sachstand behandelt den gegenwärtigen Stand der Demokratie in den Staaten Südostasiens, d.h. in Myanmar, Thailand, Laos, Kambodscha, Vietnam, Malaysia, Singapur, Brunei, den Philippinen, Indonesien und Timor-Leste.

Die jeweiligen Darlegungen orientieren sich an zwei international anerkannten Indices: *Freedom in the World* von Freedom House sowie ergänzend dazu dem *Economist Intelligence Unit's Democracy Index* des britischen Unternehmens Economist Intelligence Unit (EIU). Der in den letzten Jahren bekannter gewordene *Human Freedom Index*, der von einem amerikanischen, einem kanadischen und einem deutschen Institut¹ gemeinsam erarbeitet wird, wird nicht herangezogen. Das ebenfalls in der Demokratiebewertung oft zitierte *Global Democracy Ranking* der österreichischen NGO Democracy Ranking Association – Förderung von Demokratiequalität wird ebenfalls nicht herangezogen, da gerade einige südostasiatische Staaten im letzten Ranking für das Jahr 2016 nicht berücksichtigt wurden.

1.1. Freedom in the World²

Freedom in the World ist das älteste immer noch laufende Demokratiemessungsprojekt. Der erste Index wurde im Jahre 1973 von der amerikanischen Nichtregierungsorganisation Freedom House publiziert. *Freedom in the World* ist ein Ranking aller untersuchten Staaten, das sich aus der Analyse verschiedener Indikatoren im Hinblick auf politische Rechte und bürgerliche Freiheiten ergibt. Der jeweilige Indikator wird auf einer Skala von 1 (*most free*; am freiesten) bis 7 (*least free*; am unfreiesten) bewertet. Die aggregierten Werte der Indikatoren jedes Landes ergeben dessen Einstufung als „frei“, „teilweise frei“ oder „unfrei.“ Ein als frei eingestuftes Land ist im Freedom House Index immer sowohl eine Wahldemokratie (*electoral democracy*) als auch eine liberale Demokratie (*liberal democracy*). Teilweise freie Staaten können Wahldemokratien, aber keine liberalen Demokratien sein. Wahldemokratie bedeutet bei Freedom House, dass folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Ein politisches System mit mehreren Parteien, die frei miteinander konkurrieren können,
- Wahlrecht für jeden Erwachsenen ohne Vorstrafen (in einigen Staaten beinhalten die Strafen für alle oder bestimmte Vergehen den Entzug des Wahlrechtes);
- Regelmäßig abgehaltene Wahlen mit Wahlgeheimnis, Sicherung des Wahlprozesses und Freiheit von Wahlbetrug, der zu Wahlergebnissen führt, die nicht den Wählerwillen repräsentieren;
- Ausreichender und signifikanter Zugang aller großen politischen Parteien zu den Wählern durch die Medien und offenen, freien Wahlkampf.

1 Dem amerikanischen Cato Institute, dem kanadischen Fraser Institute und dem Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

2 Alle Informationen dieses Abschnittes, sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt: Freedom House, Methodology, 2018, <https://freedomhouse.org/report/methodology-freedom-world-2018> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018). In der Quelle finden sich u.a. auch die Einzelfragen, deren Antworten der Einstufung eines Staates zugrundeliegen.

Im Gegensatz zu Wahldemokratien, die primär formellen Anforderungen genügen müssen, gibt es in liberalen Demokratien zusätzlich zum freien Wahlrecht umfassende bürgerliche Freiheiten und den staatlichen Schutz dieser sowie der Menschenrechte.

Die von den einzelnen Staaten erreichten Werte („Punkte“) können aggregiert und somit zur Erstellung einer Rangliste verwendet werden. Diese reicht von 0 (absolut unfrei) bis 100 (am freiesten). Allerdings teilen sich zahlreiche Staaten gleiche Werte. Es kann dennoch durch die unterschiedliche Gewichtung bestimmter Teilaspekte zu einer unterschiedlichen Einstufung des Regierungssystems von punktgleichen Staaten kommen. So erreichen z.B. Myanmar und Thailand den gleichen aggregierten Wert von 31 Punkten, doch wird Myanmar wegen etwas stärker ausgeprägter politischer Rechte noch als „teilweise frei“, Thailand als „nicht frei“ eingestuft.

Freedom in the World ist ein weithin anerkannter Index und wird in diesem Sachstand der Beschreibung des jeweiligen Landes schwerpunktmäßig zugrunde gelegt – auch, weil der im Folgenden beschriebene Demokratieindex der EIU sich in seinen Bewertungen teilweise auf *Freedom in the World* bezieht bzw. sich darauf stützt.

1.2. Economist Intelligence Unit's Democracy Index³

Der Demokratieindex der Economist Intelligence Unit (EIU) wurde zum ersten Mal im Jahre 2006 veröffentlicht. Die EIU ist ein Unternehmen der britischen Economist Group, einem international operierenden Medienkonzern. Der Index ist wie *Freedom in the World* ein Ranking. Dieses ergibt sich aus dem gewichteten Durchschnitt von Antworten auf insgesamt 60 Fragen, für die jeweils zwei bis drei Antwortmöglichkeiten vorgeben sind. Diese Fragen werden von Experten beantwortet, wobei die EIU nicht darlegt, um wen es sich dabei handelt, wie viele Experten herangezogen wurden oder ob sie für die EIU arbeiten oder nicht. Einige Antworten stammen aus offenen Umfragen in dem jeweiligen Land. Können einige Fragen nicht beantwortet werden, so werden Daten eines anderen, weitestgehend vergleichbaren Landes herangezogen. Außerdem werden die Ergebnisse nicht erläutert; es werden lediglich die aggregierten Werte jedes Landes genannt. Aufgrund dieser Schwächen ist der EIU-Index für diesen Sachstand von sekundärer Bedeutung und **wird nur zur Ergänzung herangezogen**.

Die 60 Fragen beziehen sich auf fünf Gebiete: Wahlprozess und Pluralismus, bürgerliche Freiheiten, Funktionsweise der Regierung, politische Partizipation und politische Kultur. Jeder möglichen Antwort wird eine bestimmte Bewertung zugeordnet, aufgrund derer der Platz im Ranking errechnet wird. Einige Antworten schließen die positive Beantwortung von folgenden Fragen aus – z.B. wird durch die negative Beantwortung der Frage nach der Wahlfreiheit die Frage nach der Fairness der Wahlen automatisch auch verneint. Einige Fragen werden als so essentiell eingestuft, dass eine negative Beantwortung den Platz im Ranking automatisch verschlechtert.

3 Alle Informationen dieses Abschnittes aus: Laza Kekic, The Economist Intelligence Unit's index of democracy, EIU, 2007, https://www.economist.com/media/pdf/DEMOCRACY_INDEX_2007_v3.pdf (zuletzt abgerufen am 23. August 2018).

Die in den Teilgebieten erreichten Werte werden aggregiert und bilden den Platz des jeweiligen Landes auf einer Skala von 0 (absolut unfrei) bis 10 (am freiesten) ab.

Zusätzlich zum Platz im Ranking ordnet auch die EIU die bewerteten Staaten in Kategorien ein, wobei es hier eine mehr gibt als bei Freedom House: Staaten sind volle Demokratien (*full democracies*), „mangelhafte“ Demokratien (*flawed democracies*), gemischte Regime (*hybrid regimes*) oder autoritäre Regime (*authoritarian regimes*).

1.3. Human Freedom Index⁴

Der Human Freedom Index ist ein relativ neuer Index, der 2018 erst zum dritten Mal in Jahresabstand publiziert wurde. Er nutzt 79 Indikatoren, um menschliche und ökonomische Freiheiten zu messen. Es geht also nicht per se um die Messung des „demokratischen Wertes“ eines Staates, sondern um den Stand „menschlicher Freiheit“ in einem Staat. Dabei wird ökonomischen Freiheiten ein ebensolches Gewicht eingeräumt wie politischen und rechtlichen Freiheiten. Der *Human Freedom Index* macht auch explizit deutlich, dass eine starke Korrelation von wirtschaftlicher Freiheit und Demokratie bestehe.

Er wird für diesen Sachstand allerdings **nicht herangezogen**, da sich aufgrund der stark betonten wirtschaftlichen Freiheit (die in autokratischen Systemen ja durchaus sehr ausgeprägt sein kann) Abweichungen mit den beiden anderen Indices ergeben, deren Betrachtung zwar nützlich sein könnte, sich aber in einigen Fällen nicht in Einklang bringen lässt mit dem Ziel dieses Sachstandes, den Stand der Demokratie in Südostasien zu dokumentieren. So wird z.B. Timor-Leste bei Freedom House als „frei“ eingestuft, im *Human Freedom Index* steht das Land jedoch nur auf Rang 115, weil es aufgrund seiner Armut und Wirtschaftsgesetzgebung den Anforderungen an „wirtschaftliche Freiheiten“ nicht genügt.

Der Zustand der Wirtschaft bzw. der ihr jeweils zugrundeliegenden Regelungen lässt nur bedingt Rückschlüsse über den Stand der menschlichen Freiheiten zu. Selbstverständlich ist das Recht auf Eigentum, auf freie Berufswahl und Ausbildung grundlegend sowohl für Demokratie als auch für eine freie Wirtschaft, doch lässt der *Human Freedom Index* außer Acht, dass das „freie“ Gebaren eines Unternehmens ähnlich negative Auswirkungen auf Menschen, ihre demokratischen Rechte, bürgerliche Freiheiten und Lebensqualität haben kann wie Armut und wirtschaftliche Abhängigkeit.

Zudem unterscheiden sich die Umstände von Land zu Land: während ein industrialisiertes, demokratisches, reiches Land mit diversifizierter Wirtschaft bestimmte negative Auswirkungen wirtschaftlicher Freiheiten problemlos korrigieren kann, ohne, dass dies den Stand der Demokratie signifikant beeinflussen würde, wären die gleichen negativen Effekte in einem autokratischen, armen Staat viel gravierender. Anders als bei Meinungsfreiheit, Wahlfreiheit oder Pressefreiheit gibt es bei der wirtschaftlichen Freiheit kein qualitatives, fest definierbares Optimum, während man bei demokratischen und bürgerlichen Freiheiten nur deren Maximum

4 Alle Informationen zum Human Freedom Index und der seiner Erstellung zugrundeliegenden Methodologie: Ian Vásquez und Tanja Porcnik, *The Human Freedom Index 2017*, S. 11-31, Cato Institute, Fraser Institute und Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 2018, <https://object.cato.org/sites/cato.org/files/human-freedom-index-files/2017-human-freedom-index-2.pdf> (zuletzt abgerufen am 23. August 2018).

(lediglich eingeschränkt durch die Freiheiten anderer) als optimal für das Individuum betrachten kann.

Der *Human Freedom Index* gewichtet wirtschaftliche Freiheiten aber genauso stark wie alle anderen menschlichen Freiheiten und grundlegenden Rechte, wofür die Autoren des Index keine überzeugende Begründung liefern. Ihrer Meinung nach steht die paritätische Gewichtung von wirtschaftlichen Freiheiten einerseits und Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten andererseits im Einklang damit, „wie die meisten Menschen ihr Leben leben.“ Woher diese Erkenntnis kommt und warum sie Grundlage der Bewertung von 159 verschiedenen Staaten mit noch viel mehr verschiedenen Kulturen sein können soll, sagen die Autoren jedoch nicht. Auch ist bei einigen der ökonomischen Teilfreiheiten die Relevanz für die Freiheit von Individuen nicht nachvollziehbar bzw. erscheint es gerade unter der Maßgabe des „gelebten Lebens“ widersinnig: Die meisten Menschen dürften die Freiheit, ohne Zölle mit dem Ausland Handel zu treiben, nicht zum Kernbereich ihrer persönlichen Freiheit zählen, auch, wenn sie ihnen ggf. durch niedrigere Preise für Importwaren zu Gute käme. Hier ergeben schon aufgrund der völlig unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen jedes Landes (Timor-Leste verfügt z.B. nur über sehr wenige Güter, die exportierbar sind) sowohl Vergleichbarkeit als auch Einbeziehung in ein Ranking menschlicher Freiheiten keinen offenkundigen Sinn.

Allerdings hat der *Human Freedom Index* den Vorteil, eine Reihe von Freiheiten miteinzubeziehen, die in den beiden anderen Indices nur eine geringere Rolle spielen, z.B. **Identität, Beziehungen und persönliche Sicherheit**. Diese Faktoren können tatsächlich entscheidend dafür sein, ob ein pro forma demokratischer Staat dies tatsächlich ist, oder er es z.B. nur für die ethnische oder religiöse Mehrheit ist. Die entsprechenden Fakten werden jedoch letztlich auch von Freedom House in seinen detaillierten Darlegungen zu jedem bewerteten Staat berücksichtigt, sodass auf die Verwendung des Human Freedom Indexes hier verzichtet wurde. Er kann jedoch für Leser, die das Thema vertiefen möchten, von Interesse sein. Was insbesondere Menschen- und Bürgerrechte betrifft, sei hier auf die jährlich erscheinenden Publikationen von spezialisierten NGOs wie Amnesty International und Human Rights Watch verwiesen.⁵

2. Demokratie in Südostasien

Die heute als Südostasien bezeichnete Region ist geographisch, ethnisch, kulturell, religiös und politisch sehr heterogen. Vor Ankunft der Europäer gab es eine Reihe von lokalen Herrschaftssystemen. Am dominantesten und ideengeschichtlich wirkmächtigsten erwiesen sich die nach indischem Vorbild etablierten hinduistisch-buddhistischen Reiche, von denen einige (Angkor, Sriwijaya, Majapahit) zeitweise große Teile des heutigen Südostasiens beherrschten.

Diese Reiche waren **streng hierarchisch aufgebaut** und folgten religiös geprägten Vorstellungen von Herrschaft – der **König hatte eine implizit oder explizit gottähnliche Stellung** und seine Hauptstadt bzw. sein Königshof war das unumstrittene Zentrum nicht nur des Reiches, sondern

5 Siehe z.B. Amnesty International Annual Report 2017/18, 2018, <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2018/02/annual-report-201718/> (zuletzt abgerufen am 23. August 2018) und World Report 2018, Human Rights Watch 2018, <https://www.hrw.org/world-report/2018> (zuletzt abgerufen am 23. August 2018).

in der Vorstellung der unteren Bevölkerungsschichten auch der Welt.⁶ Das **Reich war entlang einer Zentrum-Peripherie-Achse organisiert**, wobei der König an der Peripherie zumeist traditionelle Herrscher als Vertreter einsetzte, die vor Ort Steuern bzw. Tribute erhoben.⁷ Auch heute noch finden sich mehr oder weniger starke Spuren dieses traditionellen Herrschaftsverständnisses in vielen südostasiatischen Gesellschaften, am deutlichsten sichtbar in der soziopolitischen und kulturellen Stellung, die der König von Thailand innehat.⁸ Eine Ausnahme vom ‚indischen System‘ bildete Vietnam, das sich nach China orientierte und dessen zentralistisches, auf einer auf konfuzianischen Prinzipien beruhenden Bürokratie gegründetes Herrschaftsmodell übernahm.⁹ In den heute überwiegend muslimischen Gebieten Malaysias und Indonesiens veränderte die Ankunft des Islams im Übrigen keineswegs die Vorstellungen von Königtum, Herrschaft und Staatlichkeit, vielmehr übernahmen die Herrscher die Teile des Islams, die der Legitimation ihrer Stellung nützlich waren und ignorierten das übrige.¹⁰

Demokratische Ideen kamen in Südostasien frühestens im späten 19.Jh., spätestens in den 1920er Jahren auf. Zu diesem Zeitpunkt waren **alle Gebiete Südostasiens mit Ausnahme Thailands** (bzw. bis 1932: Siam) **Kolonien europäischer Großmächte. Großbritannien** herrschte über das heutige Myanmar, Malaysia, Singapur und Brunei, **Frankreich** über Laos, Vietnam und Kambodscha, die **Niederlande** über das heutige Indonesien, **Spanien** (später die USA) über die Philippinen und **Portugal** über Timor-Leste.

-
- 6 Siehe Victor R. Savage, The end of the age of South-east Asia's god-kings, The Straits Times am 8. November 2016, <https://www.straitstimes.com/opinion/the-end-of-the-age-of-south-east-asias-god-kings> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018) sowie Jeong Yeosik, The Idea of Kingship in Buddhist Cambodia, Kyoto Review of Southeast Asia, Ausgabe 11, März 2011, <https://kyotoreview.org/issue-11/the-idea-of-kingship-in-buddhist-cambodia/> (zuletzt abgerufen am 17. August 2018) sowie als allgemeiner Überblick: Common elements of Indianisation in Southeast Asia, 2018, <https://khmergetit.weebly.com/common-elements-of-indianisation-in-southeast-asia.html> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018).
- 7 Common elements of Indianisation in Southeast Asia (Anm. 6).
- 8 Victor R. Savage (Anm. 6).
- 9 Jörn Dosch und Alexander Vuving, The Impact of China on Governance Structures in Vietnam, S.6-7, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (die), 2008, https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_14.2008.pdf (zuletzt abgerufen am 16. August 2018).
- 10 Ein Vorgehen, dass in großen Teilen der Südostasienkunde als ‚typisch südostasiatisch‘ gilt und in der Fachliteratur als ‚selektive Anpassung‘ (*selective adaptation*) bezeichnet wird. Es zeichnet dafür verantwortlich, dass sich in der Geschichte Südostasiens lange Zeit kaum umfassende Umstürze des zuvor herrschenden Systems und vor allem kaum kulturelle Brüche ereigneten. Vielmehr wurden nützliche Teile neuer kultureller Einflüsse übernommen und an schon bestehende lokale Traditionen und Vorstellungen angepasst. Gut nachverfolgen lässt sich dies anhand der Islamisierung Inselsüdostasiens. Der Islam wurde nicht kriegerisch verbreitet und seine Etablierung führte nicht zu einer gewalttätigen Bekämpfung des vorher dominierenden Hinduismus oder Buddhismus. Vielmehr bildeten sich zahlreiche hinduistisch-buddhistisch-islamische Synkretismen. So wurden z.B. die indischen, ursprünglich hinduistischen Epen wie Rāmāyana und Mahābhārata mit einem islamischen Anstrich versehen, blieben aber in ihrer ursprünglichen Gestalt bis heute erkennbar. Siehe Bernhard Dahm, The Role of Tradition in Historical Developments in Southeast Asia. In: Archipel, volume 57, 1999. L'horizon nousantarien. Mélanges en hommage à Denys Lombard (Volume II) pp. 15-22.

Die Kolonialzeit wirkt bis heute auch auf die politischen und rechtlichen Gegebenheiten jedes Landes fort, denn die jeweilige Kolonialmacht etablierte vor Ort mindestens ein ihren Vorstellungen entsprechendes Rechtssystem. Zudem ging jede Kolonialmacht – und dies auch noch unterschiedlich zu verschiedenen Zeiten – mit den vielfältigen, vor Ankunft der Europäer existierenden Regierungssystemen um. Traditionelles Recht, lokale Hierarchien und native Sozial- und Wirtschaftsstrukturen wurden von den Kolonialherren unterschiedlich gehandhabt. Frankreich versuchte z.B. das stark zentralistische französische Staatsverständnis in Indochina zu etablieren. Die Briten verfahren dagegen ähnlich wie in Indien und beließen lokalen Herrschern ihre formellen und zeremoniellen Funktionen und den Großteil ihrer Einkünfte, etablierten zudem das englische *case law* und vor allem eine Politik der Separierung von ethnischen und religiösen Gruppen.¹¹ All diese Faktoren beeinflussen Staatsaufbau und Rechtssystem der jeweiligen Länder bis heute. Auch Siam (später: Thailand) gab sich im Bemühen, seine Unabhängigkeit durch eine von oben gesteuerte Modernisierung zu bewahren, eine an westliche Vorbilder angelehnte Regierungsform.

Durch den europäischen Imperialismus wurden auch **ursprünglich westliche Ideen wie Nationalstaat, Demokratie, Wahlrecht oder Rede- und Pressefreiheit** nach Südostasien gebracht, wenn auch zumeist nicht aktiv, sondern dadurch, dass Angehörige lokaler Eliten z.B. durch ein Studium in Europa damit vertraut gemacht wurden. Wie auch im vordemokratischen Europa standen einige dieser Ideen im diametralen Widerspruch zur hergebrachten lokalen Kultur und Politik.

Anders als in ihren Heimatländern ließen die Europäer in ihren Kolonien eine Realisierung dieser demokratischen Ideen nicht zu (eine gewisse Ausnahme bilden die USA als kurzzeitige Kolonialherren der Philippinen nach dem spanisch-amerikanischen Krieg).

Für die Unabhängigkeitsbewegungen spielte die **Forderung nach Demokratie oft nur eine untergeordnete Rolle** gegenüber der Forderung nach Freiheit und nationaler Selbstbestimmung ohne wirtschaftliche Ausbeutung. **Demokratisierung blieb oft eine Art Elitenprojekt**, das sich dem Verständnis und der Lebenswirklichkeit der großen Mehrheit der (oft ungebildeten und armen) Bevölkerung entzog. Deutlich wird dies am Beispiel Thailands, das 1932 durch eine nahezu unblutige Palastrevolution westlich gebildeter Vertreter von Militär, Adel und Großbürgertum von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie mit demokratischen Elementen umgewandelt wurde, was seinerzeit aber nur geringe Aufmerksamkeit in der

11 Craig A. Lockhard, Zakaria bin Ahmad, Ooi Jin Bee und Thomas R. Leinbach, Malaysia – The impact of British rule, Encyclopaedia Britannica, 2018, <https://www.britannica.com/place/Malaysia/The-impact-of-British-rule> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018).

Bevölkerung hervorrief.¹² Seither oszilliert Thailand unter bislang 18 verschiedenen Verfassungen zwischen unvollkommener Demokratie und Militärdiktatur.

Südostasien hat also keine besonders lange und lokal gewachsene Tradition der Demokratie, zumindest nicht in der Form, die man sich in Europa gemeinhin vorstellt.¹³

Erst mit der Erlangung der Unabhängigkeit, d.h. frühestens nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wurden demokratische Ideen in den neuen Staaten institutionalisiert und Teil der Verfassung der neuen Staaten. In allen südostasiatischen Staaten scheiterte die Demokratie als Staatsform jedoch (zunächst) und wurde höchstens dem Namen nach (z.B. „Demokratische“ Volksrepublik Laos) oder bis ins Udemokratische verzerrt (z.B. Suhartos „gelenkte Demokratie“ in Indonesien) realisiert. Tatsächlich durchlebten die wieder unabhängigen (Vietnam, Birma, Kambodscha, Laos) oder ganz neu entstandenen (Indonesien, Malaysia) Staaten eine Phase der **Nationenbildung von oben**, die oft mit inneren und äußeren gewaltsamen Konflikten einherging.¹⁴ In vielen Fällen **erwies sich der Sozialismus bzw. Kommunismus als die einflussreichere europäische Idee** (Laos und Vietnam sind auch heute noch sozialistische Staaten), was Südostasien im Kalten Krieg zu einem Schauplatz geopolitischer Auseinandersetzungen werden ließ. So wurden etwa im Jahre 1965 in Indonesien bis zu einer Million vermeintliche Kommunisten ermordet und die Angst vor einer kommunistischen Machtübernahme als Anlass für die Etablierung eines autoritären Militärregimes genutzt.¹⁵ Ähnliches ereignete sich in anderen nichtsozialistischen Staaten der Region. Am schlimmsten betroffen waren Vietnam, Laos und Kambodscha, die zum Schauplatz von Stellvertreterkriegen (Vietnamkrieg und Secret War der USA) wurden.¹⁶ In Kambodscha verübten die Roten Khmer als Vertreter einer extrem radikalen Auslegung der kommunistischen Ideologie („Steinzeitkommunismus“) in den 1970er Jahren einen Genozid an der eigenen Bevölkerung. Der

12 „*The Siamese peasantry*, whose minds are hardly touched yet by Westernisation, and whose taxes have actually been lightened, *seem to have been passive spectators*. It remains to be seen how these peasant masses will get on with *the small and rather exotic Westernised intelligentsia* if the intelligentsia now comes into effective power through the curious semi-democratic constitution to which the King has now agreed,” Revolution in Siam, The Economist, kein Datum, vermutlich 27. – 30. Juni 1932, Archiv, <https://www.economist.com/asia/1932/07/02/revolution-in-siam> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018, Hervorhebungen durch den Verfasser).

13 Auf lokaler Ebene, v.a. auf Ebene des Dorfes, der Nachbarschaft oder der Familie, legen viele südostasiatische Kulturen sehr großen Wert auf Egalitarismus, Kommunitarismus und Konsens, der natürlich auch den Austausch von unterschiedlichen Standpunkten voraussetzt und somit als Vorstufe der Demokratie betrachtet werden kann. Zumeist werden aber in sich egalitäre soziale Einheiten in eine starre Hierarchie mit anderen sozialen Einheiten eingegliedert. Diese Grundstruktur (egalitär und konsensbasiert vor Ort, hierarchisch und autoritär im Staatsaufbau) lässt sich bei der Betrachtung politischer Systeme in Südostasien immer wieder erkennen. Auch die untergeordnete Stellung des Individuums und der Vorrang des Kollektivs und seiner vermeintlichen oder tatsächlichen Bedürfnisse prägen südostasiatische Gesellschaften stark.

14 Aurel Croissant, Die politischen Systeme Südasiens: Eine Einführung, S. 27-32, Springer VS 2016.

15 Laksmi Pamuntjak, It is 50 years since the Indonesian massacre of 1965 but we cannot look away, The Guardian am 30. September 2015, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2015/sep/30/it-is-50-years-since-the-indonesian-genocide-of-1965-but-we-cannot-look-away> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018).

16 Aurel Croissant (Anm. 14).

daraufhin folgende Versuch der Vereinten Nationen, durch eine Friedensmission in Kambodscha eine Demokratie zu etablieren, scheiterte.¹⁷

Die Demokratie in Südostasien erlebte einen Aufschwung, als der indonesische Diktator Suharto im Jahre 1998 in Folge der Asienkrise und anhaltender Studentenproteste gestürzt wurde.¹⁸ Indonesien als bevölkerungsreichstes und größtes Land Südasiens begann, sich demokratisch zu reformieren. Allerdings verlief bzw. verläuft die Demokratisierung Indonesiens nicht konfliktfrei. Zum einen kam es kurz vor dem Rücktritt Suhartos zu massenhaften gewalttätigen, teils tödlichen Übergriffen auf chinesischstämmige Indonesier, zum anderen flammten die Bürgerkriege mit den durch die Demokratisierung ermutigten Unabhängigkeitsbewegungen in der Provinz Aceh und dem damals noch indonesischen Ost-Timor wieder auf.¹⁹ Außerdem begann mit der Demokratisierung auch der Aufstieg islamistischer Parteien bzw. eines „*Islamic Mainstreaming*“ in der indonesischen Politik; ein Prozess, der bis heute andauert.²⁰

Ein **Sonderfall ist Singapur**, das zwar tatsächlich freie und geheime Wahlen sowie eine hervorragende Regierungsführung hat, in dem aber durch eine Reihe von gesetzlichen Vorschriften nahezu sichergestellt ist, dass die seit Staatsgründung regierende Partei ihre Macht weder teilen noch je abgeben werden muss.

Im Grunde **existiert erst ein einziges, vollständig freies, demokratisches Land in Südostasien, nämlich Timor-Leste**. Teilweise freie und demokratische Staaten sind derzeit Myanmar, Singapur, Indonesien, Malaysia und die Philippinen, wobei sich zum einen große Unterschiede bei den „Teilfreiheiten“ zeigen, zum anderen in den letzten Jahren eine Verschlechterung auf

-
- 17 Peter M. Manikas und Eric Björnlund, Cambodia's 1998 Elections: The Failure of Democratic Consolidation, 1998, New England Journal of Public Policy, Vol. 14, Ausg. 1, <http://scholarworks.umb.edu/nejpp/vol14/iss1/11> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018).
- 18 Unmittelbarer Anlass von Suhartos unfreiwilligem Rücktritt war ein entsprechender Aufruf des indonesischen Parlamentes, das sich außerdem öffentlich mit den Aktivisten der Demokratiebewegung solidarisiert hatte - ein bis dahin beispielloser Vorgang in Indonesien. Siehe Seth Mydans, The Fall of Suharto: the Overview; Suharto, besieged, steps down after 32-year rule in Indonesia, New York Times am 21. Mai 1998, <https://www.nytimes.com/1998/05/21/world/fall-suharto-overview-suharto-besieged-steps-down-after-32-year-rule-indonesia.html> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018).
- 19 R. Eep Saefulloh Fatah, Mencintai Indonesia dengan amal: refleksi atas fase awal demokratisasi, S.128-130 und S. 374 – 376, Penerbit Republika, Jakarta 2004.
- 20 Joshua Kurlanczik, The Rise of Islamist Groups in Malaysia and Indonesia, Council on Foreign relations Expert Briefing, 27. Februar 2018, <https://www.cfr.org/expert-brief/rise-islamist-groups-malaysia-and-indonesia> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018). Der Verfasser dieses Gutachtens bezeichnet mit ‚*Islamic Mainstreaming*‘ die seit mehreren Jahren zu beobachtende Aufwertung der Rolle von Religion, insbesondere des Islams, im politischen Diskurs Indonesiens. Ursprünglich säkulare oder religiös indifferente Parteien, PolitikerInnen und Medien versuchen, radikalislamistische Parteien und Bewegungen durch eine Übernahme von deren gemäßigeren Forderungen, betont ‚islamisch korrektem‘ Habitus und Untätigkeit gegenüber oder gar Solidarisierung mit islamistischen Extremisten einzuhegen. Das Resultat ist eine Diskursverschiebung ins Religiöse, die dem Extremismus letztlich nur nützt, weil Kritik an ihm sofort als „unislamisch“, „islamophob“, oder gar „blasphemisch“ abqualifiziert werden kann.

einigen Gebieten eingetreten ist. Alle anderen Staaten Südostasiens werden derzeit als nicht frei eingestuft.

Die Gemeinschaft südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, **ASEAN**) versteht sich in erster Linie als Organisation zur wirtschaftlichen und ggf. sicherheitspolitischen Kooperation. Die Förderung der Demokratie oder gar demokratische Mindeststandards in ihren Mitgliedsstaaten gehören nicht zu ihrem Selbstverständnis, vielmehr ist Nichteinmischung in politischen Angelegenheiten einer ihrer Grundsätze.

Im Folgenden werden die Untersuchungsergebnisse hinsichtlich des Standes der Demokratie in den einzelnen südostasiatischen Staaten dargelegt. Dabei werden, wenn möglich bzw. relevant, Entwicklungen, die nach der Erstellung bzw. Veröffentlichung der zugrundeliegenden Indices eintraten (z.B. in Kambodscha), einbezogen. Die von Freedom House als „teilweise frei“ eingestuften Staaten werden etwas detaillierter dargestellt als die eindeutig als „nicht frei“ eingestuften, da sich bei ihnen dynamischere Entwicklungen zeigen.

Für einen jeweils noch detaillierteren Überblick über die Verhältnisse in den einzelnen Staaten sei auf die entsprechenden Ausführungen von Freedom House in ‚Freedom in World 2018‘ verwiesen. Dort werden z.B. die rechtlichen und tatsächlichen Umstände von Wahlen (falls vorhanden), Regierungsbildung usw. dargelegt. Dieser Sachstand beschränkt sich im Interesse einer konzisen Darstellung auf die jeweils wichtigsten bzw. am stärksten herausragenden Fakten.

2.1. Union von Myanmar²¹

Myanmar wird bei Freedom House als „**teilweise frei**“ eingestuft; aggregierter Wert: **31 Punkte**.

EIU: „**Authoritarian regime**“, aggregierter Wert: **3,83**.²² In den Jahren 2014 und 2016 wurde Myanmar von der EIU noch deutlich besser eingestuft und als „hybrid regime“ bezeichnet. Da die EIU keine detaillierten Ausführungen zu ihrer Einstufung liefert, lässt sich die Abweichung zu Freedom House nicht erklären.

Laut Freedom House hat Myanmar heute, nach dem **Verzicht des jahrzehntelang regierenden Militärs auf die gesamte Macht im Staate**, ein hybrides Regime – demokratische Strukturen und Institutionen sind gepaart mit einer immer noch sehr starken, autonomen Rolle des Militärs, die den Einfluss der militärischen Eliten auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sicherstellt.

21 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Myanmar, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/myanmar> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

22 EIU, The Economist Intelligence Unit's Democracy Index, 2018, <https://infographics.economist.com/2018/DemocracyIndex/> (zuletzt abgerufen am 23. August 2018). Der entsprechende Link gilt für alle untersuchten Länder. Der den Leser interessierende Staat kann entweder auf einer Weltkarte angeklickt oder in einem Drop-down-Menü ausgewählt werden.

Freedom House führt aus:

„Myanmar’s democratic transition now appears uncertain under the leadership of the National League for Democracy (NLD), which came to power in relatively free elections in 2015, but has since **failed to uphold fundamental human rights** or bring security to areas affected by militant insurgencies and the army’s offensives against them.”

Es gibt keine wirklich unabhängige Justiz und keine verlässliche Rechtsstaatlichkeit.

Es gibt **massive Menschenrechtsverstöße** des Militärs, vor allem gegenüber der Volksgruppe der **Rohingya**, aber auch gegen andere ethnische und religiöse Minderheiten. Die Demokratisierung der letzten Jahre kommt also nicht der gesamten Bevölkerung Myanmars zugute. Tatsächlich werden die Rohingya von der myanmarischen Regierung nicht einmal als nationale Minderheit anerkannt; die völkerrechts- und menschenrechtswidrigen Gesetze, die Rohingya z.B. Heirat, medizinische Versorgung oder Bildung vorenthalten, sind trotz massiver internationaler Kritik immer noch in Kraft.²³

Die demokratischen Elemente des neuen Staatsaufbaus Myanmars sind also nicht nur fehlerhaft, sondern entfalten für einige Teile der Bevölkerung überhaupt keine Wirkung.

Moderate Fortschritte sieht Freedom House im Hinblick auf Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, doch fehlen hier verlässliche rechtstaatliche Garantien. Vage formulierte strafrechtliche Regelungen gegen Verleumdung, Beleidigung oder Geheimnisverrat können dazu benutzt werden, diese Freiheiten von Fall zu Fall einzuschränken oder ganz aufzuheben, was durch die fehlende Unabhängigkeit der Judikative zu starker **Rechtsunsicherheit** führt.

2.2. Königreich Thailand²⁴

Freedom House stuft Thailand als „**nicht frei**“ ein; aggregierter Wert: **31 Punkte**.

EIU: „**Hybrid regime**“, aggregierter Wert: **4.63**.²⁵ Dies ist der schlechteste Wert seit 2006. Seit 2012 hat sich Thailand auf dem Demokratieindex verschlechtert, eine sehr signifikante Verschlechterung trat zwischen 2014 und 2015 in Folge des Putsches ein.

Seit einem **Militärputsch im Jahre 2014**, der nach damaliger Aussage der Putschisten die zuvor ein Jahrzehnt lang herrschende politische Unruhe beenden sollte, hat das Militär systematisch

23 Siehe dazu auch: Internationale Reaktionen auf die Verfolgung der Rohingya in Myanmar, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 27. April 2017, WD 2 - 3000 - 037/17, <https://www.bundestag.de/blob/509980/ea510c63658bebee42469a985d01b4cc/wd-2-037-17-pdf-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 16. August 2018).

24 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Thailand, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/thailand> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

25 EIU (Anm. 22).

demokratische Freiheiten abgeschafft und sich selbst durch eine neue Verfassung umfassende Kompetenzen verliehen, die ihm die politische und wirtschaftliche Kontrolle Thailands sichern. Mit der Unterzeichnung der vom Militär konzipierten Verfassung durch **König Maha Vajiralongkorn** im April 2017 wurde u.a. der „Nationale Rat für Frieden und Ordnung“, das ursprünglich vorgeblich nur interimswise etablierte Kabinett, institutionalisiert. Diese nicht demokratisch legitimierte Regierung kann bestehende Gesetze willkürlich außer Kraft setzen und neue Gesetze erlassen. Die Macht des Premierministers ist keinen gesetzlichen Schranken unterworfen. Premierminister ist **Prayuth Chan-ocha**, der als Generalstabschef der thailändischen Armee den Putsch von 2014 befehligte.

Die **für November 2018 avisierten Wahlen** werden, wenn sie tatsächlich durchgeführt²⁶ werden sollten, aufgrund der neuen Verfassungsregeln und der gesetzlichen Schwächung von Parteien voraussichtlich noch zu einer Konsolidierung der Macht des Militärs führen. Vor allem kleine bzw. neue Parteien werden die Auflagen, auf die sie das 2017 verabschiedete Parteiengesetz verpflichtet, nicht erfüllen können. Darüber hinaus muss die Teilnahme am Wahlkampf für alle Parteien vom Nationalen Rat für Frieden und Ordnung genehmigt werden. Die absehbare Folge ist, dass eine etwaige Opposition gar nicht die Möglichkeit haben wird, Wahlkampf zu führen und damit auch keine Änderung der jetzigen Lage herbeiführen kann.

Bürgerliche Freiheiten wie freie Meinungsäußerung wurden unter der Militärregierung drastisch beschnitten; kritische Äußerungen in der Öffentlichkeit werden mittels Gesetzen gegen Majestätsbeleidigung, Beleidigung, Verleumdung oder Aufwiegelung bestraft. Versammlungen politischer Natur von mehr als fünf Personen sind verboten. Zivilgesellschaftliches Engagement, z.B. für Wohltätigkeitsvereine oder Umweltschutzgruppen, ist zwar zugelassen, doch werden entsprechende Organisationen regelmäßig darauf hingewiesen, dass sich ihre Arbeit „im Rahmen der Gesetze“ bewegen und dem „friedlichen Zusammenleben“ dienen müsse, sie sich also nicht politisch äußern dürfen.

Die Justiz ist auch laut der neuen Verfassung unabhängig, doch ist sie in Thailand seit jeher anfällig für Korruption, Kollusion und politische Beeinflussung.

2.3. Demokratische Volksrepublik Laos

Laos wird von Freedom House als „**nicht frei**“ eingestuft; aggregierter Wert: **12 Punkte**.

EIU: „**Authoritarian regime**“, **aggregierter Wert: 2,37**. Dies ist der schlechteste Wert aller südostasiatischen Staaten. Der Wert blieb seit 2006 nahezu konstant.

Laos ist ein **Einparteienstaat**, in dem die Revolutionäre Partei der Völker der Lao (engl.: Lao People's Revolutionary Party, LPRP) das gesamte politische Leben dominiert und Bürgerrechte stark einschränkt. Die Alleinherrschaft der LPRP ist durch die Verfassung garantiert; Wahlen sind weder frei noch fair. Es **existiert keine organisierte Opposition** und keine unabhängige Zivilgesellschaft. Die Medien werden von der Regierung kontrolliert. Politische Prozesse bleiben sowohl für Einheimische als auch für ausländische Beobachter undurchsichtig. Das

26 Bis heute hat die Militärregierung mehrfach Wahlen angesetzt und dann wieder auf unbestimmte Zeit verschoben.

Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat zu einem Anstieg von Landstreitigkeiten und Unzufriedenheit über Umweltzerstörungen geführt. Regelmäßig kommt es in diesem Rahmen zu Gewalt, vor allem gegen Chinesen, da es in erster Linie chinesische Unternehmen sind, die z.B. Straßen und Stromtrassen bauen oder den Oberlauf des Mekong durch massive Sprengungen schiffbar machen. Die Früchte des moderaten Wirtschaftswachstums kommen wegen der weitverbreiteten Korruption in erster Linie den LPRP-Eliten zugute. Da weder Meinungsfreiheit noch Demonstrationsrecht existiert und die Justiz nicht unabhängig ist, können lokale Konflikte, die aufgrund der Unzufriedenheit mit diesen Zuständen entstehen, nicht friedlich beigelegt werden.

2.4. Königreich Kambodscha²⁷

Kambodscha wird von Freedom House als „**nicht frei**“ eingestuft; aggregierter Wert: **30 Punkte**.

EIU: „**Authoritarian regime**“; aggregierter Wert: **3,63**.²⁸ Dies stellt eine signifikante Verschlechterung dar (Vorjahreswert: 4,27; seit 2006 erhielt Kambodscha nie einen Wert unter 4,0).

Das politische System des Landes wird seit mehr als drei Jahrzehnten durch **Premierminister Hun Sen** und die von ihm geführte Volkspartei von Kambodscha (engl.: Cambodian People's Party, CPP) dominiert. **König Norodom Sihamoni** ist Staatsoberhaupt, aber politisch weitgehend bedeutungslos.

Während es in früheren Jahren Wahlen gab, bei denen es trotz starker Einschränkungen immerhin noch eine Teilnahme der Opposition gab, hat sich die Situation seit 2017 verschärft. Die größte Oppositionspartei (die Partei der Nationalen Rettung Kambodschas, engl.: Cambodia National Rescue Party, CNRP) wurde im November 2017 verboten. Unabhängige Medien wurden durch gesetzliche Verbote oder durch wirtschaftliche Maßnahmen zerstört. Ebenso wurden einheimische und ausländische NGOs verboten oder in ihrer Tätigkeit deutlich eingeschränkt, sodass auch die Zivilgesellschaft nur noch wenige Möglichkeiten zum Engagement hat. Dies betrifft vor allem Organisationen, die sich für die Menschenrechte engagieren, aber auch solche, die für Landrechte kämpfen. In den letzten Jahren kam es immer wieder zur massenhaften entschädigungslosen Enteignung kleiner Landbesitzer, um ihr Land für profitable Bauprojekte und Plantagen zu nutzen.

Die Judikative ist nicht unabhängig (tatsächlich kam das Verbot der CNRP durch ein entsprechendes Urteil des Obersten Gerichtshofes zustande). Straflosigkeit für die Eliten ist sehr weit verbreitet, ebenso Korruption und Nepotismus.

Obwohl es bislang relativ wenige Vorkommnisse gibt, bei denen die freie Meinungsäußerung von Privatpersonen staatlicherseits direkt unterdrückt oder sanktioniert wurde, haben die

27 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Cambodia, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/cambodia> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

28 EIU (Anm. 22).

Maßnahmen, die die Regierung in den letzten Jahren durchführen ließ, zu einem gesellschaftlichen Klima geführt, das den offenen politischen Diskurs stark einschränkt. Soziale Medien sind derzeit (noch) der einzige Weg, sich zu informieren oder auszutauschen.

2.5. Sozialistische Volksrepublik Vietnam²⁹

Vietnam ist laut Freedom House „**nicht frei**“; aggregierter Wert: **20 Punkte**.

EIU: „**Authoritarian regime**“; aggregierter Wert: **3,08**.³⁰

Vietnam ist ein **Einparteienstaat**, in dem die **Kommunistische Partei Vietnams** allein regiert und alle Aspekte des politischen sowie große Teile des wirtschaftlichen Lebens dominiert. **Andere Parteien sind verboten**. Obwohl unabhängige Kandidaten theoretisch bei den Parlamentswahlen antreten können, ist dies de facto fast nie möglich. **Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und zivilgesellschaftliches Engagement sind starken Restriktionen unterworfen**. In den letzten Jahren haben die Behörden ihr Vorgehen gegen die Nutzung sozialer Medien deutlich verstärkt. Meinungsäußerungen, die die Regierung kritisieren oder „reaktionäres Gedankengut“ beinhalten, sind verboten und werden strafrechtlich verfolgt, wenn sie öffentlich geschehen – im privaten Bereich hat sich die diesbezügliche Situation jedoch in den letzten Jahren etwas entspannt. Wie in vielen unfreien Systemen führt die Unwägbarkeit der Konsequenzen freier Meinungsäußerungen jedoch häufig zu Selbstzensur.

Nichtregierungsorganisationen existieren, doch dürfen sie sich nur in einigen Gebieten engagieren, z.B. Frauenbildung, Umweltschutz oder Gesundheit. **Engagement für die Menschenrechte ist dagegen de facto verboten**.

2.6. Malaysia³¹

Malaysia wird von Freedom House als „**teilweise frei**“ eingestuft; aggregierter Wert: **45 Punkte**.

EIU: „**Flawed democracy**“; aggregierter Wert: **6,54**.³²

Obwohl Malaysia freie und regelmäßige Wahlen abhält, wurde das Land seit Staatsgründung im Jahre 1957 immer von der gleichen Koalition (der Nationalen Front, Barisan Nasional, BN) regiert. Dies änderte sich erst im Jahre 2018, als die Opposition zum ersten Mal die Wahlen gewann und der langjährige Premierminister Najib Razak sein Amt verlor. Seit Mai 2018 regiert

29 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Vietnam, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/vietnam> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

30 EIU (Anm. 22).

31 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Malaysia, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/malaysia> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

32 EIU (Anm. 22).

nun die „Koalition der Hoffnung“ (Pakatan Harapan, PN) unter Führung von Premierminister Mahathir Mohamad. Dies konnte „Freedom in the World 2018“ nicht vorhersehen oder gar berücksichtigen, was bei Lektüre dieses Abschnittes zu beachten ist. Wie sich die Situation der Demokratie in Malaysia künftig entwickelt, ist noch unklar.

Grundsätzlich verfügt Malaysia über ein vitales Parteileben und einige der Regierungen der Bundesstaaten wurden auch in der Vergangenheit schon oft von Parteien gebildet, die in Opposition zur auf nationaler Ebene regierenden BN standen. Allerdings waren diese Oppositionsparteien zahlreichen Behinderungen ausgesetzt. Politisch motivierte Prozesse gegen Oppositionspolitiker³³, mangelnder Zugang zu staatlichen Medien, Finanzierungsschwierigkeiten aufgrund rechtlicher Regelungen erschweren vielen nicht zur BN gehörenden Parteien die Teilnahme am nationalen Wahlkampf.

Das Menschenrecht auf Glaubensfreiheit gilt in Malaysia nur eingeschränkt und für die malaiische Bevölkerung, die durch die Verfassung als muslimisch definiert wird, gar nicht. Muslime dürfen ihren Glauben nicht wechseln und keinen anderen als den sunnitischen Islam praktizieren. Gleichzeitig werden Malaien als „Ureinwohner“ (*pribumi*) institutionell bevorzugt und verfügen zumindest theoretisch über bessere Karrierechancen in der Verwaltung und in den Streitkräften als chinesisch- und indischstämmige Malaysier. Auch wird der Islam faktisch bevorzugt und trägt Züge einer Staatsreligion.

NGOs unterlagen zumindest im Vorfeld der Wahlen gewissen, nicht immer vorhersehbaren Restriktionen, insbesondere dann, wenn sie mit Oppositionsparteien oder mit Gegenpositionen zur Regierung assoziiert wurden. Wie sich die Situation in Folge des Regierungswechsels ändern könnte, lässt sich noch nicht absehen.

2.7. Republik Singapur³⁴

Singapur wird von Freedom House als „**teilweise frei**“ eingestuft; aggregierter Wert: **52 Punkte**.

EIU: „**Flawed democracy**“, aggregierter Wert **6,32**.³⁵

33 Besonders herausragend ist der Strafprozess gegen den Führer der Volksgerechtigkeitspartei (Parti Keadilan Rakyat, PKR), **Anwar Ibrahim**, der zu einer Verurteilung wegen angeblicher sexueller Belästigung eines Wahlkampfhelfers führte. Dieser Prozess und die Verurteilung zu einer langen Gefängnisstrafe hatten zahlreichen Beobachtern aus dem In- und Ausland zufolge offenkundig die politische und soziale Vernichtung Anwar Ibrahims zum Ziel. Siehe Ben Doherty, Anwar Ibrahim guilty in sodomy case, The Guardian am 10. Februar 2015, <https://www.theguardian.com/world/2015/feb/10/anwar-ibrahim-guilty-in-sodomy-case> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018). Anwar Ibrahim wurde nach dem Amtsantritt der Pakatan-Harapan-Regierung im Mai 2018 umgehend von Premierminister Mahathir begnadigt. Siehe Hannah Ellis-Petersen, Malaysia: Anwar Ibrahim released from prison, The Guardian am 16. Mai 2018, <https://www.theguardian.com/world/2018/may/16/malaysia-anwar-ibrahim-released-from-prison> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

34 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Singapore, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/singapore> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

35 EIU (Anm. 22).

Singapur nimmt in Südostasien eine Sonderstellung ein. Es ist ein Stadtstaat, hat mit über 70 Prozent chinesischstämmiger und 15 Prozent indischstämmiger Bürger eine andere ethnische Zusammensetzung als andere Staaten und obwohl es sich um das kleinste Land der Region handelt, ist **Singapur mit großem Abstand das wohlhabendste und am weitesten entwickelte**. Es verfügt über einen mit Deutschland vergleichbaren Entwicklungsstand und einen ähnlichen Lebensstandard. Damit unterscheidet es sich deutlich von seinen Nachbarländern Malaysia und ganz besonders von Indonesien.

Der Reichtum Singapurs ist nicht nur das Ergebnis seiner geographischen Lage an der wichtigsten Wasserstraße der Welt, sondern einer **seit der Staatsgründung 1965 konsequent verfolgten Politik, in der der wirtschaftlichen Entwicklung der absolute Vorrang eingeräumt** wurde. Alles, was die Entwicklung Singapurs (vermeintlich oder tatsächlich) behindern und „Instabilität“ verursachen konnte, wurde (und wird) auf politischem und rechtlichem Wege unterdrückt, z.B. eine lebendige und mit realistischen Chancen ausgestattete Opposition. Auch vermeintlich zu „Chaos“ und „Unordnung“ führendes Verhalten von Privatpersonen wird mit teils drakonischen Strafen geahndet. Bekannt ist z.B. das Verbot von Kaugummi oder die Anwendung der Prügelstrafe für eine Reihe von Vergehen. Singapur verhängt gemessen an der Einwohnerzahl auch die meisten Todesurteile. Anders als in allen anderen südostasiatischen Staaten herrscht dabei aber **weitgehende Rechtssicherheit**, denn **in der Justiz gibt es wie auch in anderen Teilen von Politik und Verwaltung kaum Korruption**. Auch dies unterscheidet Singapur von fast allen anderen asiatischen (nicht nur den südostasiatischen) Staaten. In Prozessen mit politischer Implikation (z.B. den Verleumdungsklagen gegen Oppositionspolitiker) ist die singapurische Justiz jedoch offenkundig politisiert bzw. nicht völlig unabhängig von der Regierung. Nichtsdestotrotz herrschen Rechtssicherheit und ein weitgehend transparentes Rechtssystem.

Der „Vater“ der singapurischen Erfolge und des singapurischen politischen Systems war der jahrzehntelang (1959 – 1965 als Chef der Selbstverwaltung der zuvor britischen, malaysischen Stadt; von der Unabhängigkeit von Malaysia im Jahre 1965 – 1990 als Premierminister) regierende Regierungschef **Lee Kuan Yew**, dessen Sohn **Lee Hsien Loong** sein derzeitiger Amtsnachfolger ist.³⁶

Obwohl es regelmäßige Wahlen gibt und diese Wahlen tatsächlich frei, geheim und gleich sind, besteht aufgrund einer Vielzahl rechtlicher Regelungen **keine realistische Chance, dass die regierende People's Action Party (PAP) ihre Macht verlieren könnte**. Das Wahlrecht für die Legislative und die Exekutive ist so ausgestaltet, dass der Sieg des jeweiligen PAP-Kandidaten faktisch sichersteht. Außerdem wird die Opposition regelmäßig wegen kritischer Äußerungen mit Klagen wegen „Verleumdung“ überzogen. Die Verleumdungs- und Beleidigungsparagrafen sind so gefasst, dass eine Anklage fast immer Erfolg hat. Ein Schuldspruch zieht sehr hohe Geldstrafen nach sich, die den Beklagten auch in den Privatbankrott treiben können. Dies wiederum führt zum automatischen Ausschluss von den Wahlen und disqualifiziert eine Person gemäß den singapurischen Gesetzen für fast alle öffentlichen Ämter. Das System ist so „raffiniert“ konstruiert, dass die PAP über Jahrzehnte hundert Prozent aller Sitze im Parlament innehatte. Tatsächlich wurden die ersten oppositionellen Abgeordneten nicht gewählt, sondern vom

36 Matthias Naß, Der brutale Visionär, Die Zeit am 25. März 2015, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/nachruf-lee-kuan-yew-singapur-politiker> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

Staatspräsidenten berufen. Dies geschah vor allem als Reaktion auf internationale Kritik an dem singapurischen System. Bis heute können bis zu neun Mandate an „offizielle“ Oppositionsabgeordnete vergeben werden. Erst in den letzten beiden Wahlen konnte eine unabhängige Partei, die Worker's Party, einige wenige Mandate gewinnen. Das Mehrheitswahlrecht stellt aber weiterhin sicher, dass die PAP trotz ihres als historisch betrachteten „Absturzes“ auf 70 Prozent der Stimmen bei den Wahlen im Jahre 2015 fast alle Sitze im Parlament innehat.

Der Ansatz, Problemen mit einer technokratischen Lösung zu begegnen, findet sich in der singapurischen Politik auf allen Ebenen. Die **PAP ähnelt aus westlicher Sicht auch weniger einer politischen Partei als einer technokratischen Massenorganisation**, die vom lokalen Nachbarschaftsrat bis zum Staatsoberhaupt alle politischen Prozesse steuert. Außerdem ist sie sehr eng mit der Wirtschaft verflochten.³⁷ Zumindest bis zur Asienkrise von 1998 behaupteten singapurische Politiker häufig, dass so ein autoritär-korporatistisches System den angeblichen „asiatischen Werten“ am besten entspreche und diese wiederum dem „schädlichen“ westlichen Individualismus und Pluralismus überlegen seien. Der mehrere Jahre währende wirtschaftliche Absturz nach der Asienkrise hatte unter anderem auch ein Verschwinden dieser Asian-Values-Theorie zur Folge. Tatsächlich begann gegen Beginn des Jahrtausends eine gewisse soziale Liberalisierung in Singapur, etwa im Kulturbereich.³⁸ Das politische System blieb aber unverändert **technokratisch und autoritär**.

Trotz aller systematischen Benachteiligung der Opposition sind die singapurischen Wahlen an sich allen Wahlbeobachtern zufolge frei, gleich und geheim. Die PAP gewinnt ihre absoluten Mehrheiten, weil sie tatsächlich von einer überwältigenden Mehrheit der Wähler unterstützt wird. Dies liegt primär am unabwiesbar großen wirtschaftlichen Erfolg Singapurs. Andere Faktoren spielen ebenso eine Rolle: Die meisten Singapurer leben in staatlich geförderten Wohnungen. Vor den Wahlen wird von Politikern regelmäßig darauf hingewiesen, dass Wohnblocks, die nicht mehrheitlich PAP wählen, bei Renovierungen als letzte berücksichtigt würden. Erst in den letzten beiden Wahlen konnte eine unabhängige Partei, die Worker's Party, einige wenige Mandate gewinnen, ein in der singapurischen Geschichte beispielloser Vorgang,

37 Ein Beispiel: Das Gesetz über die Wahl des Präsidenten legt fest, dass ein Kandidat, der nicht automatisch qua Amt für die Wahl zugelassen ist (wie z.B. die Vorsitzende der Legislative, das Amt, das die jetzige Präsidentin Halimah Yacob innehatte), im Management oder Aufsichtsrat einer einheimischen Firma mit mindestens 500 Mio S\$D (367 Mio. USD) Eigenkapital gewesen sein muss. Somit steht das Präsidentenamt nahezu ausschließlich Mitgliedern der wirtschaftlichen Elite offen. Siehe Nile Bowie, A mockery of democracy in Singapore, Asia Times am 7. Oktober 2017, <http://www.atimes.com/article/mockery-democracy-singapore/> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

38 Auch dies ist jedoch die Folge technokratischer Planung. Singapurische Politiker betrachteten andere Weltstädte und befanden, dass Singapur von einer offeneren, kreativeren Kulturszene international profitieren und diese sich nur im Rahmen gewisser Freiräume entfalten könne. Also wurden solche Freiräume geschaffen. Ähnlich verhält es sich z.B. mit der jährlichen Gay-Pride-Parade. Obwohl homosexuelle Handlungen de jure verboten sind, traf die Regierung die Entscheidung, dass Singapur als Weltstadt und zwecks Abgrenzung von den muslimischen Nachbarländern eine solche Veranstaltung benötige und ließ sie seither zu – wenn auch direkte Forderungen nach Gesetzesänderungen auf der Parade nicht gestattet sind, es sich also nicht um eine politische Demonstration im eigentlichen Sinne handelt. Auch dürfen Ausländer de jure nicht an der Veranstaltung teilnehmen und sie offiziell nicht einmal beobachten, was für jede Versammlung gilt, die von den Behörden als potentiell politischer Natur eingestuft wird.

der auch zeigt, dass das bedingungslose Wirtschaftswachstum und die damit verbundene Teuerung und soziale Verdrängung aus Innenstadtbereichen für viele Bürger eine Quelle der Unzufriedenheit sind. Das nach britischem Vorbild gestaltete Mehrheitswahlrecht stellt aber weiterhin sicher, dass die PAP trotz ihres als historisch betrachteten „Absturzes“ auf 70 Prozent der Stimmen bei den Wahlen im Jahre 2015 fast alle Sitze im Parlament innehat.

Die **Presse ist weitgehend frei**, wobei es zwei gewichtige Ausnahmen gibt. Zum einen berichtet die Presse nicht allzu kritisch über innersingapurische politische Prozesse. Eine entsprechende Berichterstattung könnte wie bei jedem singapurischen Bürger zu Anklagen wegen Verleumdung oder Beleidigung führen; die Presse unterwirft sich daher in dieser Hinsicht zumeist der Selbstzensur. Zum anderen hat Singapur äußerst restriktive Gesetze, die Äußerungen über Religion und Ethnie betreffen.³⁹ Darüber hinaus befinden sich alle singapurischen Medien im Besitz PAP-naher Holdings und sind schon aus diesem Grund zurückhaltend, was die Kritik an der einheimischen Politik betrifft. Berichte, Kommentare und Analysen, die andere Staaten betreffen, sind dagegen von relativ hoher journalistischer Qualität und in aller Regel weder Selbstzensur noch bestimmten gesetzlichen Bestimmungen unterworfen. Ausländische Medien, soziale Medien und Blogs sind frei konsumierbar und werden von den Bürgerinnen und Bürgern häufig als Quelle alternativer Perspektiven auf Singapur genutzt.

Mit Ausnahme der erwähnten Einschränkungen der Meinungsfreiheit bei bestimmten Themen sowie eines sehr repressiven Versammlungsrechtes werden alle maßgeblichen bürgerlichen Freiheiten geschützt. Auch die grundlegenden Menschenrechte werden in Singapur prinzipiell gewahrt, wobei es international Kritik an der hohen Zahl der Todesurteile und Hinrichtungen sowie am Festhalten an der Prügelstrafe gibt.

Der im Vergleich zu den Nachbarländern enorm hohe Lebensstandard verschafft Singapur eine große regionale Strahlkraft (*Soft Power*). Singapurische Verhältnisse werden von zahlreichen Politikern in den südostasiatischen Staaten als Vorbild genannt. Umgekehrt verweisen singapurische Politiker gerne auf z.B. Jakarta als abschreckendes Beispiel und legitimieren durch den Vergleich das singapurische System. Dies könnte auch dazu führen, dass andere autoritäre Systeme der Region repressive Maßnahmen und Behinderung der Opposition unter dem Verweis auf die singapurischen Erfolge rechtfertigen.

39 Als multiethnischer, multireligiöser Staat achtet Singapur sehr streng auf ein „harmonisches“ Miteinander seiner Bürger. Äußerungen, die religiöse oder ethnische Vorurteile befördern oder Religion oder Ethnie anderer herabwürdigen und gesellschaftliche Spannungen herbeiführen könnten, werden daher sowohl im öffentlichen als auch (de jure) im privaten Bereich hart geahndet.

2.8. Brunei Darussalam⁴⁰

Freedom House stuft Brunei als „**nicht frei**“ ein; aggregierter Wert: **28 Punkte**.⁴¹

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Gutachtens lag der Freedom-House-Länderreport 2018 zu Brunei noch nicht vor; der letzte ausführliche stammt aus dem Jahre 2016.⁴² Grundsätzlich hat sich jedoch seither nichts geändert: Als absolute Monarchie mit einem shariabasierten Strafrecht und einer sehr starken Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und Menschenrechten bzw. des Fehlens jedes verfassungsmäßigen Schutzes derselben kann Brunei nur als „nicht frei“ und undemokratisch bezeichnet werden.

Die EIU hat Brunei für ihren Demokratieindex nicht berücksichtigt.⁴³

2.9. Republik der Philippinen⁴⁴

Freedom House: „**Teilweise frei**“; aggregierter Wert: **62 Punkte**.

EIU: „**Flawed democracy**“, aggregierter Wert: **6,71**.

Demokratische Institutionen und Strukturen sind in den Philippinen gut ausdifferenziert und entwickelt. Es existieren freie Wahlen und die Möglichkeit eines friedlichen Machtwechsels. Allerdings ist der Rechtsstaat mangelhaft. Es existiert trotz Unabhängigkeit der Judikative eine weitgehende Rechtsunsicherheit; gleichzeitig entscheiden Gerichte oft für herrschende Eliten. Straflosigkeit für die Behinderung, Entführung oder Ermordung von Journalisten und Aktivisten ist die Norm. Der „Krieg gegen die Drogen“ von Präsident Rodrigo Duterte hat seit 2016 etwa 12.000 Menschenleben gekostet. Obwohl die Tötung echter oder vermeintlicher Dealer und Drogenkonsumenten auch nach philippinischem Recht eine schwere Straftat ist, hält Duterte unbeirrt an dem offenkundig nicht rechtsstaatlichen Kurs fest, ohne, dass ihm von Seiten der philippinischen Justiz Widerstand entgegengebracht wird. Es liegt auf der Hand, dass die so offen geltendes Recht verachtende Politik Dutertes Recht und Gesetz noch weiter desavouiert; andererseits zeigt der Mangel an zivilem Widerstand aus der philippinischen Bevölkerung gegen

40 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Brunei, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/brunei> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

41 Freedom in the World 2018: Brunei, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/brunei> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

42 Freedom in the World 2016: Brunei, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/brunei> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

43 EIU (Anm. 22).

44 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Philippines, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/philippines> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

die offenkundigen Rechtsverstöße auch, dass der Justiz aufgrund von Korruption, Ineffizienz und verbreiteter Straflosigkeit ohnehin kaum Vertrauen und Wertschätzung entgegengebracht wird.

Die Demokratie der Philippinen ist auch deswegen fehlerhaft, weil sie wie das ganze Land von Nepotismus geprägt ist. Politische Familiendynastien gibt es in fast allen Parteien. Etwa zwei bis drei Dutzend Familien teilen sich unter wechselnden Konstellationen die politische und wirtschaftliche Macht auf. Die Parteien wiederum sind ideologisch nicht besonders gefestigt, es handelt sich eher um Organisationen, die der traditionellen philippinischen Patron-Klient-Beziehung ähneln: Loyalität in Form von Wählerstimmen und z.B. Unterstützung bei öffentlichen Demonstrationen werden vom Mandatsträger bzw. seiner Familie mit sozialen Wohltaten belohnt. Dementsprechend finden sich viele Beispiele für Wahlkampfaktiken, die aus westlicher Sicht Stimmenkauf darstellen.

Die Presse ist grundsätzlich frei. Es existiert eine offene, vitale und vielfältige Medienlandschaft, aber die journalistische Qualität vieler Beiträge ist schlecht. Falschmeldungen und Gerüchte werden oft wie Fakten präsentiert und unkritisch weiterverbreitet. Trotz der Pressefreiheit sind die **Philippinen eines der für Journalisten gefährlichsten Länder der Welt**. Kritische oder „unliebsame“ Reporter werden häufig Opfer von Mordanschlägen, wobei die Täter oder die Drahtzieher der Taten meist nicht bestraft werden. Dies hat sich wegen der aggressiven, die Presse regelmäßig verächtlich machenden Rhetorik Rodrigo Duterte noch verschlimmert. Duterte bedient sich dabei der Taktik des amerikanischen Präsidenten Donald Trump und bezeichnet unliebsame Berichterstattung regelmäßig als „Fake News“,⁴⁵ obwohl ein Großteil tatsächlicher Fake News in den Philippinen pro-Duterte zu sein scheint.⁴⁶

Ähnliches gilt für Aktivisten von NGOs, die ebenfalls oft Opfer von Morden werden, obwohl die Zivilgesellschaft in den Philippinen zumindest keinen besonderen gesetzlichen Repressionen ausgesetzt ist und sich an sich frei entfalten kann.

Menschen- und Bürgerrechte werden im Allgemeinen respektiert. Mögliche Verletzungen haben jedoch kaum Konsequenzen; Täter werden häufig gar nicht oder sehr milde bestraft. Ein Sonderfall sind die menschenrechtlichen Bedingungen in Haftanstalten und in Konfliktgebieten. Hier gibt es regelmäßig Berichte über Folter und Misshandlungen.

45 Cecilia Yap, Duterte decries ‚Fake News‘ as critics warn of media crackdown, Bloomberg am 17. Januar 2018, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-01-17/duterte-hits-fake-news-as-critics-warn-of-media-crackdown> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

46 Miguel Syjuco, Fake News Floods the Philippines, The New York Times am 24. Oktober 2017, <https://www.nytimes.com/2017/10/24/opinion/fake-news-philippines.html> (zuletzt abgerufen am 21. August 2018).

2.10. Republik Indonesien⁴⁷

Freedom House: „**teilweise frei**“; aggregierter Wert: **64 Punkte**.

EIU: „**Flawed democracy**“, aggregierter Wert: **6,39**.⁴⁸

Indonesien hat seit dem Sturz des autoritären Suharto-Regimes im Jahre 1998 große Fortschritte auf dem Gebiet der Demokratisierung gemacht und es geschafft, in Politik, Medien und Zivilgesellschaft einen ausgeprägten Pluralismus zu etablieren. Mehrfach kam es zu einem friedlichen Machtwechsel nach weitgehend freien, gleichen und fairen Wahlen.

Allerdings stellen weitverbreitete, systemische Korruption, Strafflosigkeit für von Polizei und Militär begangene Straftaten, Diskriminierung, Gewalt gegen einige Minderheiten sowie die politische Instrumentalisierung von Verleumdungsklagen und Blasphemieklagen Probleme dar. Vor allem die zunehmende soziale und religiöse Intoleranz und die Politisierung von Religion (insbesondere des Islams) bergen das Potential, der Demokratie in Indonesien zu schaden und sind der wichtigste Grund dafür, dass Indonesien von Freedom House nur als teilweise frei eingestuft wird.

Die politisch, menschen- und bürgerrechtlich drängendsten Schwierigkeiten der indonesischen Demokratie haben – abgesehen von der hier wie in den meisten Nachbarstaaten stark verbreiteten Korruption – stark mit Religion zu tun.⁴⁹ Der indonesische Staat erkennt offiziell nur den Islam, das protestantische Christentum, den Katholizismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus als „echte“ Religionen an. Menschen, die sich zu einer anderen Religion bekennen, werden oft diskriminiert. Atheismus wird nicht akzeptiert und ein öffentliches Bekenntnis zum Atheismus kann die Anklage, Verurteilung und Inhaftierung wegen Gotteslästerung zur Folge haben.⁵⁰

In den letzten Jahren nahm die Zahl eindeutig islamistisch inspirierter Gesetze vor allem auf Provinzebene zu. Sehr massiv und rasch hat sich in den letzten Jahren die Diskriminierung von

47 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Indonesia, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/indonesia> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

48 EIU (Anm. 22).

49 Zur wachsenden religiösen Intoleranz und ihren Auswirkungen siehe: Amanda Hodge und Nivell Rayda, Indonesia's rising tide of intolerance, The Australian am 24. Februar 2018, <https://www.theaustralian.com.au/news/inquirer/indonesias-rising-tide-of-intolerance/news-story/7a85e8db9e3578291a3a1fc59adb77a7> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

50 Benedict Rogers, Indonesia's Rising Religious Intolerance, New York Times am 21. Mai 2012, <https://www.nytimes.com/2012/05/22/opinion/indonesias-rising-religious-intolerance.html> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

LGBT⁵¹ verschärft.⁵² Während hier traditionell eine große Toleranz in den meisten indonesischen Lokalkulturen herrschte, hat sich unter dem Einfluss populistischer und/oder islamistischer Rhetorik das Blatt gewendet: Umfragen zufolge werden LGBT-Menschen von einer Pluralität der Befragten als größte nationale Bedrohung für Indonesien gesehen.⁵³ Ebenfalls bestätigen Umfragen eine generelle, wachsende religiöse Intoleranz in der indonesischen Gesellschaft.

Politikerinnen und Politiker nutzen die religiösen Vorurteile oft zu ihrem Vorteil aus, etwa, indem Kandidatinnen und Kandidaten sich betont islamisch geben, was früher keine oder nur eine geringe Rolle spielte. Gegenkandidatinnen und -kandidaten werden dafür im Wahlkampf immer öfter als „unislamisch“ diffamiert. Besondere internationale Aufmerksamkeit erhielt der Fall des Gouverneurs von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, genannt Ahok, eines christlichen, chinesischstämmigen Indonesiers. Im Wahlkampf für die Wiederwahl zum Gouverneur wurde er von islamistischen Organisationen der Blasphemie und der Beleidigung des Islam angeklagt, weil er bei einer Veranstaltung sinngemäß erklärt hatte, Wähler sollten ihre Wahlentscheidung nicht allein von ihrer Religion abhängig machen. Von seinen politischen Gegnern wurde die Anklage ohne weiteres unterstützt, während sich so gut wie kein Politiker öffentlich für ihn aussprach oder den offenkundig politischen und radikalislamistischen Charakter der Anklage kritisierte. Islamistische Massenorganisationen nutzten die Gelegenheit, um mit einer großen Demonstration in Jakarta ihre Macht zu demonstrieren. Ahok wurde schließlich verurteilt und befindet sich bis auf weiteres im Gefängnis.

Zwar zeigt sich Indonesien im allgemeinen unnachgiebig, wenn es um den Kampf gegen islamistischen Terrorismus geht und hat auch einige besonders radikale und gewaltbereite islamistische Organisationen verboten, doch zeigt die Regierung bislang kein Engagement für die sozialen und politischen Gefahren wachsender Intoleranz. Indonesiens Demokratiequalität hat sich deswegen in den letzten Jahren sowohl bei Freedom House als auch bei EIU tendenziell verschlechtert.⁵⁴

51 LGBT= Lesbians, Gays, Bisexuals, Transgender.

52 Indonesia: Failure to Confront Intolerance, Human Rights Watch am 18. Januar 2018, <https://www.hrw.org/news/2018/01/18/indonesia-failure-confront-intolerance> (zuletzt abgerufen am 20. August 2018).

53 Amanda Hodge und Nivell Rayda (Anm. 46). Allerdings wies das Oberste Gericht im November 2017 eine Petition, die die sofortige Kriminalisierung jeder homosexuellen, aber auch jeder unehelichen sexuellen Handlung zur Folge gehabt hätte, ohne Begründung ab. Entsprechende Bestrebungen gibt es allerdings noch im Parlament.

54 EIU, Democracy in Asia: a clash of communities, 2. Februar 2018, <http://country.eiu.com/article.aspx?articleid=362601620&Country=Myanmar&topic=Politics&oid=1131209897&flid=866381070> (zuletzt abgerufen am 22. August 2018).

2.11. Timor-Leste⁵⁵

Freedom House: **frei**; aggregierter Wert: **69 Punkte**.

EIU: „**Flawed democracy**“, aggregierter Wert: **7,19**.⁵⁶ Für die Abweichung gibt es keine explizite Erklärung, doch ist der Wert seit Jahren stabil.

In den Jahren zuvor wurde das Land von Freedom House noch als „teilweise frei“ gelistet, wenn auch stets an der Grenze zu vollständiger Freiheit. Den Statuswechsel erklärt Freedom House mit den wiederholt friedlichen, fairen und freien Wahlen im Jahre 2017, in deren Vorfeld sich neue Parteien bildeten und sich der Pluralismus erhöhte.

3. Auf einen Blick: Ranking der südostasiatischen Staaten nach Freedom House

Die folgende Auflistung wiederholt noch einmal die Einstufung bzw. die Punktzahl der vorgestellten Staaten gemäß der Freedom-House-Analyse und bildet sozusagen ein Demokratieranking Südostasiens für das Jahr 2017.

1. Timor-Leste	69 Punkte, frei
2. Indonesien	64 Punkte, teilweise frei
3. Philippinen	62 Punkte, teilweise frei
4. Singapur	52 Punkte, teilweise frei
5. Malaysia	45 Punkte, teilweise frei
6. Myanmar	31 Punkte, teilweise frei
7. Thailand	31 Punkte, nicht frei
8. Kambodscha	30 Punkte, nicht frei
9. Brunei	28 Punkte, nicht frei
10. Vietnam	20 Punkte, nicht frei
11. Laos	12 Punkte, nicht frei

Wenn sich auch sowohl unter den teilweise freien als auch den nicht freien Staaten jeweils fünf Länder finden, so ist doch die jeweilige Bevölkerungszahl zu beachten. Tatsächlich **leben die meisten Menschen Südostasiens, nämlich rund 451,6 Mio. Menschen, in teilweise freien Staaten, etwa 181,3 Mio. in unfreien**.

55 Sofern nicht durch Fußnote anders vermerkt, entstammen alle Informationen Freedom House, Freedom in the World 2018: Timor-Leste, 2018, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/timor-leste> (zuletzt abgerufen am 22. August 2018).

56 EIU (Anm. 22).

4. Fazit

Südostasien ist eine politisch heterogene Region, deren politische Systeme von traditionellen Vorstellungen von Macht und Herrschaft, der Kolonialgeschichte und den geopolitischen Konflikten des 20. Jahrhunderts geprägt sind.

Die elf Staaten Südasiens unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer politischen Systeme, die von unfrei bis frei rangieren. Es gibt nur einen vollständig freien Staat, der zugleich der jüngste und bevölkerungsärmste der Region ist, nämlich Timor-Leste.

Die meisten Menschen in Südostasien leben in als „teilweise frei“ eingestuften Staaten. Einige dieser unvollkommenen Demokratien wiesen in den letzten Jahren eine Verschlechterung ihrer Demokratiequalitäten auf; im Falle Thailands wurde aus einem teilweise freien System innerhalb der letzten vier Jahre ein unfreies, autoritäres System. Malaysia hat 2018 den ersten demokratischen Machtwechsel erlebt und könnte sich darum in den einschlägigen Indices verbessern.

Timor-Leste stieg zumindest bei Freedom House in den Rang eines freien Staates, d.h. einer liberalen Wahldemokratie, auf, nachdem es wiederholt unter Beweis gestellt hat, dass Wahlen dort frei, fair und friedlich ablaufen und der demokratisch legitimierte Machtwechsel dort ohne Konflikte abläuft.

Nachdem sie sich in den letzten Jahren verbesserten, haben sich Indonesien, Myanmar und die Philippinen wieder verschlechtert. Dies liegt in allen drei Fällen weniger an formalen Verschlechterungen, als an einer Änderung des gesellschaftlichen Klimas, die die politischen Rechte von Individuen faktisch beeinträchtigt, und vor allem auch an weitverbreiteter Straflosigkeit. In Myanmar werden einzelne ethnische Minderheiten immer noch massiv verfolgt und sie können nicht in den Genuss der gleichen Rechte wie die Mehrheitsgesellschaft kommen. In Indonesien sind es religiöse und sexuelle Minderheiten, die in den letzten Jahren immer mehr unter Druck geraten sind. In den Philippinen werden Angehörige marginalisierter Gruppen, insbesondere echte oder vermeintliche Drogenkonsumenten, aber auch Journalisten, häufig ermordet, wobei die Täter nicht nur nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern durch die aggressive und populistische Rhetorik des Präsidenten auch noch zu ihren Taten ermutigt werden.

Damit fügt sich Südostasien ein in eine von Freedom House und anderen NGOs beobachtete globale Entwicklung: die Zahl der Staaten, in der sich die Qualität der Demokratie verschlechtert hat, übersteigt die Zahl derjenigen, in denen sie sich verbessert hat.
